

eines deutschen Einheitsvolkes, einer deutschen Nation ist.

Wir haben in der deutschen Geschichte bisher nur zweimal Ansätze einer Entwicklung zur deutschen Nation gehabt. Das eine Mal in den Freiheitskriegen. Da blieb als positiver Gewinn der deutsche Vaterlandsgedanke zurück. Umsonst fragte bis dahin der Deutsche: was ist des Deutschen Vaterland? Die Freiheitskriege gaben die Antwort darauf. Aber der deutsche Vaterlandsgedanke hatte damals noch keine staatsbildende Kraft. Dynastische Rücksichten waren stärker als er. Erst aber 1848 hinweg brachte 1871 eine Verwirklichung des deutschen Staats, und Reichsgedankens, aber auch jetzt noch beschränkt durch dynastische Hemmungen. Seit 1918 sind sie gefallen. Und nun ist die Bahn frei für die Entwicklung, an deren Ende wir zum deutschen Vaterland und zum Deutschen Reich sich die deutsche Nation gefellen sehen. Wir sahen in den Augusttagen des Jahres 1914 das zweite Mal in der Geschichte das beginnende Werden zur Nation vor uns. Ein grausames Schicksal hinderte die Vollendung. Das darf uns nicht dazu führen, das Ziel aus dem Auge zu verlieren: die Erziehung der Deutschen zur deutschen Nation. Ohne deutsche Nation kein deutscher Einheitsstaat!

Abmarsch zweier französischer Schwadronen aus Saarlouis.

Saarbrücken, 29. April. In der Nacht zum Montag ist, wie erst heute bekannt wird, über die Hälfte des in Saarlouis garnisonierten französischen Dragonerregimentes, bisher in Stärke von zwei Schwadronen, nach ihrer neuen Garnison St. Nivolet abgerückt. Die restlichen zwei Schwadronen werden am 30. April folgen. Der Abzug erfolgte, um die durch Verlegung französischer Truppenteile aus Lothringen nach Saarbrücken entstandene Lücke in der Lothringener Garnison wieder auszufüllen. Das in Saarbrücken garnisonierte 153. Infanterieregiment bleibt vorläufig noch hier, da der vom Völkerverbund für den Abzug festgesetzte Termin der französischen Saarländerruppen der 12. Juni, (nicht der 30. April) ist. Über die Bildung des 800 Mann starken Bataillons ist noch nichts bekannt; er dürfte ebenfalls erst am 12. Juni in Tätigkeit treten.

Die Hamburgische Bürgerschaft gegen die Finanzpolitik des Reiches.

Hamburg, 29. April. Die Hamburgische Bürgerschaft nahm heute eine sozialdemokratische Entschließung an, die gegen die Finanzpolitik des Reiches schärfsten Widerspruch erhebt und die Erwartung ausdrückt, daß die Reichsregierung bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleiches zu einem allen Vändern gerecht werdenden Ausgleich komme. Insbesondere erblickt die Entschließung in der Annahme der Venderung der Biersteuer im Reichstag mit einfacher Mehrheit eine Verletzung der Verfassung, weil die Abänderung des Gesetzes nur mit einer für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit erfolgen dürfte. Der Senat wird ersucht, diese Entschließung der Reichsregierung zu übermitteln.

Einschränkung der Krisenfürsorge für Erwerbslose.

Berlin, 29. April. In einem Teil der Presse wird die Befürchtung ausgesprochen, die Reichsregierung plane einen allgemeinen überstürzten Abbau der Krisenfürsorge für Erwerbslose. Diese Befürchtung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, grundlos. Die Vorlage, die der Reichsarbeitsminister auf Grund der im Gehege über eine Krisenfürsorge enthaltenen Ermächtigung dem Reichsrat unterbreitet hat, sieht lediglich vor, daß von der Krisenfürsorge künftig bestimmte Berufe ausgenommen werden sollen, in denen sich der Arbeitsmarkt günstig entwickelt hat. Nach den statistischen Feststellungen beträgt die Zahl der Angehörigen derjenigen Berufe, die aus der Krisenfürsorge auscheiden müßten, nur etwa 8 v. H. der gesamten Krisenunterstützten.

Aus dem „Reichsanzeiger“.

Berlin, 29. April. In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ ist der Wortlaut der Ausführungsbestimmungen zu § 9 der Verordnung über die Arbeitszeit und der Ergänzung der Ausführungsbestimmungen vom 17. April 1924 zur Verordnung über die Arbeitszeit veröffentlicht. Ferner liegt dem „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung über die Festsetzung von Steuerkursen für die Feststellung der Einheitswerte auf dem Beginn des 1. Januar 1927 bei.

Ministerfahrt durch das Hochwassergebiet.

Am Freitag unternahm Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Schiele eine Reise durch das Uberschwemmungsgebiet der Havel und Elbe. Die Fahrt führte von Rathenow nach Wittenerberge und gab ein anschauliches Bild von der Verwüstung durch das Hochwasser. Im Kreise Westhavelland hat die Havel 40 000 Hektar, in der Provinz die Elbe 12 000 Hektar übersutet. Besonders groß ist der Hochwasserschaden in den Gebieten der unteren Havel. Im Mittelpunkt des Interesses stand während der Fahrt die Aussprache über die Regulierung der Havel und Elbe, die nach Bildung des Elbe-Hilfskomitees von den Interessenten mit Nachdruck gefordert wird. Reichsverkehrsminister Koch beauftragte bei Wittenerberge auch das Uberschwemmungsgebiet der Carkhane und der Stepenitz und nahm bei dieser Gelegenheit das Wort. Er führte, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, u. a. aus, daß man im Ministerium die Notwendigkeit der Regulierung der Havel überall anerkannt habe, und daß man sich über die Notwendigkeit klar sei, das Projekt der Verlegung der Havelmündung mit großer Eile fertigzustellen.

25 Jahre Berliner Handelskammer.

Berlin, 29. April. Unter Teilnahme von etwa 400 geladenen Gästen veranstaltete heute nachmittag die Industrie- und Handelskammer Berlin eine Festigung anlässlich ihres 25jährigen Bestehens in der Aula der Handelshochschule Berlin. Der Präsident der Kammer, Franz von Mendelssohn, hielt die Begrüßungsansprache, in der er zugleich allen Mitarbeitern wärmsten Dank für den Eifer aussprach, mit dem sie der deutschen Wirtschaft gebient hätten.

Als nächster Redner schilderte der Vizepräsident der Kammer, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Konrad von Borst, die enge Verflechtung von Wirtschaft und Staat, die sich in der Arbeit der Industrie- und Handelskammer zeige.

Die Glückwünsche der deutschen Reichs- und der preussischen Staatsregierung überbrachte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber. Dieser wies darauf hin, daß sich gegenwärtig auf verschiedenen Wirtschaftsebenen neues Leben und neuer Glaube an eine allmähliche Befundung unserer Verhältnisse zeige, und schloß mit dem Wunsche, daß es der Kammer gelingen möge, Kraftvoll dazu beizutragen, daß das, was heute noch Hoffnung sei, in naher Zukunft Gewissheit werde.

Reichsbahnpräsident Dr. Schacht überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Reichsbahndirektoriums. Reichsbahnpräsident Dr. Dörpmüller sprach im Namen der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Dank für das treue Zusammenarbeiten aus. Oberbürgermeister Dr. Böhm brachte die Glückwünsche der Stadt Berlin dar. Geheimrat Meyer begrüßte die Kammer im Namen des Industrie- und Handelstages. Es folgten noch Begrüßungsansprachen des Präsidenten der Landwirtschaftskammer, von Lypen, des Direktors der Handelshochschule, Wegener, des Generaldirektors Ansel für kaufmännische Schulen, sowie die Staatssekretärs Meyer für die obere Beamtenchaft.

Dr. Külz über die deutschen Beamten im Gegenwartsstaat.

Düsseldorf, 29. April. In einer Festigung des diesjährigen Lehrganges der Niederrheinischen Verwaltungsakademie hielt Dr. Külz einen programmatischen Vortrag über das Thema „Der deutsche Beamte im Gegenwartsstaat“. Der Vortrag entwickelte das Verhältnis des Beamten zum Staate, das Problem Beamtentum und Wirtschaft und die Fragen der Beamtenbildung. Er betonte u. a., daß das Berufsbeamtentum auch im Volksstaat eine Staatsnotwendigkeit sei. Nicht Abbau des Berufsbeamtentums, sondern Festigung, Modernisierung und Stärkung der Leistungsfähigkeit seien die Forderungen des Gegenwartsstaates hinsichtlich des Beamtentums. Das Allgemeinwohl erfordere, daß beide Energiezentren unseres Gemeinheitslebens, die in der Beamtenschaft und der Wirtschaft gegeben sind, in starker Leistungskraft dem Volksganzen nutzbar sind. Das letzte Ziel sei eine in sich gefestigte, in ihrer Stellung gesicherte und geehrte Beamtenschaft als lebenswichtiges Glied eines freien und unabhängigen Volkes, als eine starke Säule des Staates, mit dem sie fest und fähig ist.

Vorläufig keine gesetzliche Auslegung des Artikels 48.

Berlin, 29. April. Gegenüber Rettungsmeldungen, daß demnächst eine gesetzliche Auslegung des Artikels 48 zu erwarten sei, erfahren die Wähler, daß im Reichsinnenministerium noch keine Entschlüsse darüber gefaßt seien und daß dies auch für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich sei.

Störung einer deutschen Feier.

Kattowitz, 29. April. Aus Ruda wird gemeldet, daß während einer Dienstjubiläumfeier des Leiters einer deutschen Minderheitenschule, Rektor Zeitner, von einer Reihe von Personen auf die Fenster des Versammlungsraumes ein Bombardement mit Stegelnsteinen eröffnet wurde. Einige der Festteilnehmer wurden leicht verletzt. Die Polizei griff ein und führte die Täter ab. Unter diesen befand sich auch der durch seinen Ausbruch aus dem Gleiwitzer Gefängnis bekannt gewordene Schwerverbrecher Pascher.

Eine Rede Lord Balfours auf einem englisch-amerikanischen Diner.

London, 29. April. Auf einem gestern abend unter Vorsitz von Lord Reading veranstalteten englisch-amerikanischen Diner, auf dem Lord Balfour und der amerikanische Botschafter die Hauptgäste waren, hielt Balfour eine Rede, in der er auf seine erste Mission nach den Vereinigten Staaten Bezug nehmend sagte: Damals hatte der Unterseebootkrieg seinen Höhepunkt erreicht. Das ist der einzig schwache Punkt in der allseitigen Rüstung gewesen. Es war damals keineswegs klar, daß der Krieg gewonnen werden könne nicht auf den Schlachtfeldern, sondern durch Unterseeboote. Diese Drohung zu überwinden, ist der Hauptzweck meiner Mission gewesen. Auf die Abrüstungsfrage Bezug nehmend, sagte Lord Balfour, wenn in dieser Frage auch noch viel zu tun übrig sei, so habe die Washingtoner Konferenz im Jahre 1922 tatsächlich mehr erreicht als irgendwo anders seit dem Kriege zur Verwirklichung dieses großen internationalen Ideals erreicht worden sei. Schließlich sprach sich Lord Balfour gegen ein englisch-amerikanisches Bündnis aus, da dieses nicht die Art sei, durch die wahres Zusammenwirken zwischen Völkern wie dem amerikanischen und dem des britischen Reiches erzielt werden könne.

Prozeß Wiking-Olympia.

Leipzig, 29. April. Zu Beginn der heutigen Verhandlung des Prozesses Wiking-Olympia gab Kapitän a. D. Ehrhardt eine längere Erklärung ab, in der es heißt: Ministerialrat Schönner hat sich als Verfasser der Denkschrift des preussischen Ministers des Innern bekannt. Er ist also für die darin enthaltenen verleumderischen Behauptungen bezüglich meiner angeblich erwiesenen Anstiftung zum Meineid verantwortlich. Ministerialrat Schönner hat weiter behauptet, es liege ein Geständnis vor mir dafür vor, daß ich einen Meineid und Beihilfe zum Meineid geleistet habe. Ein solches Geständnis habe ich nie abgelegt, sondern genau das Gegenteil erklärt. Zusammenfassend stelle ich fest, daß Ministerialrat Schönner meine Glaubwürdigkeit durch Aufstellung unrichtiger Behauptungen zu erschüttern versucht. — Ministerialrat Schönner erklärte hierzu: Was die Frage des Meineides betrifft, so halte ich die Behauptung aufrecht, daß der Kapitän sowohl einen Meineid wie Beihilfe zum Meineid (der Prinzessin Hohenlohe) geleistet hat.

Das Verbot gegen Wiking bestätigt — gegen Olympia aufgehoben.

Leipzig, 30. April. In Sachen Wiking-Olympia wurde heute vormittag 11.15 Uhr der Beschluß des Staatsgerichtshofes verkündet. Unter Aufhebung des Beschlusses des Kleinen Staatsgerichtshofes vom 13. 10. 1926 wird die Verurteilung des preussischen Ministers des Innern vom 12. 6. 1926, durch die das Verbot des „Wiking“ ausgesprochen wird, bestätigt. Dagegen wird der das Verbot aufhebende Beschluß des Gerichtshofes vom 13. 10. 1926 in Bezug auf den Bund „Olympia“ bestätigt. Die Kosten des Verfahrens werden für „Wiking“ dem Bund, für „Olympia“ der preussischen Staatskasse auferlegt.

Referendar Friedrich zum „Wiking“-Prozess nicht zugelassen.

Referendar Friedrich, der im Wiking-Olympia-Prozess eine Rolle spielte, sollte gestern sein Abfertigungsgesuchen eingeben. Er ist jetzt als Referendar in Naumburg an der Saale beschäftigt. Das preussische Justizministerium hat ihm gestern mitteilen lassen, daß er zum Abfertigungsgesuchen nicht zugelassen ist.

Wie Hölle starb.

Das Urteil gegen Dr. Thiele.

Berlin, 29. April. Vor dem Disziplinarkhof war ein Disziplinerverfahren gegen den Gerichtsarzt Dr. Thiele anhängig gemacht, da gegen ihn Vorwürfe bei der Behandlung des ehemaligen Reichspostministers Dr. Hölle und sonstiger Patienten im Untersuchungsgefängnis erhoben wurden. Nach mehrwöchiger Verhandlung ist, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mittelt, heute folgendes Urteil ausgesprochen worden: Der angeklagte Strafanstalts-Medizinalrat Dr. Thiele wird wegen Mißhandlung mit Beförderung in ein anderes Amt von gleicher Range mit Verminderung des Dienstalters um 10 Prozent auf die Dauer von drei Jahren bestraft.

Boykott gegen Autonomie in Elsass.

Die autonoministische „Elsassburger Volksstimme“ meldet, daß der Direktor der indirekten Steuern, dem auch die Verwaltung des staatlichen Tabakmonopols untersteht den Kleinen Tabakhändlern auf dem Lande, die gleichzeitig Zeitungen verkaufen, mit der Entziehung des Tabakhandels gedroht hat, wenn sie nicht den Vertrieb der Volksstimme einstellen.

Die französischen Gewerkschaften gegen die neuen Militärstrafgesetze.

Paris, 29. April. In einer längeren Entschließung nimmt der Verwaltungsratsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) Stellung gegen die neuen Militärstrafgesetze. Er erklärt, diese nicht annehmen zu können, da sie in den schwersten Zeiten die Arbeiterklasse und ihre Organisationen materiell und geistig der unbefchränkten Militärautorität unterwerfen würden.

Berufung des Danziger Senats gegen eine Entscheidung des Völkerverbunds-Kommissars.

Danzig, 29. April. Der Senat hat beschlossen, gegen die Entscheidung des Völkerverbunds-Kommissars vom 8. April 1927 betreffend die Justizbarkeit der Danziger Gerichte zur Entscheidung über den von den Eisenbahnbeamten gegen den polnischen Eisenbahnfiskus anhängig gemachten Prozeß Berufung einzulegen.

Amerikas Politik gegenüber Söndchina.

Washington, 29. April. In politischen Kreisen verlautet, daß die Vereinigten Staaten weder eine englische Truppenevakuierung gegen die Kantonesen unterstützen werden, noch Tschens Vorschlag annehmen, die Untersuchung der Schuldfrage an den Rankinger Zwischensfällen einer gemischten Kommission zu unterbreiten. Das Staatsdepartement lehne es ab, zu den Vondoner Meldungen, wonach England eine Teilung Chinas durch eine Jangtseblockade durchführe, falls es keine Benuztung erhalte, Stellung zu nehmen.

Die Kantonregierung und Sowjetrußland.

Paris, 29. April. Der Sonderberichterstatter des „Journal“ hatte in Kanton mit Waihu, einem Mitarbeiter des Außenministers Tschen, eine Unterredung, in der dieser die Nachricht von dem Einfluß Sowjetrußlands auf die Kantonregierung als übertrieben hinstellt. Sowjetrußland habe militärische Instrumente geliefert. Hätte man solche von Frankreich erbeten, so wäre man wahrscheinlich auf eine Ablehnung gestoßen. Waihu forderte in der Unterredung Frankreich auf, dem jungen China Vertrauen zu schenken und ihm Zeit zu lassen, sich durchzusetzen.